

Antrag

der Abgeordneten **Landbauer, Waldhäusl, Königsberger, Ing. Huber, Gabmann, Dr. Von Gimborn** und **Dr. Machacek**

zu Ltg.-1210/B-47/1 - Vorlage der Landesregierung betreffend NÖ Klima- und Energieprogramm 2020, überarbeitete 2. Auflage

betreffend: **Öl und Gas als effiziente Heizquellen nützen**

Seit dem Jahr 2011 wird in Niederösterreich seitens des Landes keine Wohnbauförderung für Eigenheime mit Gasheizung mehr ausbezahlt, was zu Unverständnis in der Bevölkerung geführt hat. Auch wenn sich der NÖ Landtag eindeutig zur erneuerbaren Energie bekennt, dürfen bestehende Heizmittel wie Gas und Öl nicht verbannt werden. Bedenkt man alleine, wie viel die landeseigene EVN in den vergangenen Jahren in den Ausbau des Gasnetzes investiert hat, so ist es wirtschaftlich wenig zielführend, die Niederösterreicher von einer Eigenheimförderung auszuschließen. Jeder Bürger muss frei entscheiden dürfen, wie er sein Eigenheim beheizen will. Für einen Großteil sind erneuerbare Heizquellen schlichtweg nicht leistbar.

In Niederösterreich gibt es derzeit rund 100.000 Wohnungen und Einfamilienhäuser, die mit Öl geheizt werden. Vor allem im ländlichen Raum und in Randlage-Gebieten gibt es oftmals keine Alternative zur Ölheizung, durch die mangelnde Infrastruktur für alternative Energieträger sind zig-tausende Niederösterreicher auf Heizöl angewiesen.

Die bevorstehende Änderung der Bauordnung, wonach „flüssige fossile und fossile Brennstoffe für Zentralheizungen im Neubau ab 2019“ verboten werden, bringt daher erhebliche Verschlechterungen für die Konsumenten mit sich. Auch die Wirtschaftskammer NÖ spricht sich vehement gegen diese Maßnahme aus. Ein Verbot des wichtigen Energieträgers Öl würde zu einem dramatischen Preisanstieg anderer Energieträger führen. Hinzu kommt, dass Heizöl immer noch die effizienteste und günstigste Energieform ist. Weder Wärmepumpen noch Biomasse können hier mithalten. De facto gibt es keinen anderen Energieträger, der so effizient einzusetzen

ist. Das Argument, wonach Heizöl importiert werden muss und man der „Öl-Lobby“ einen Riegel verschieben möchte, ist unschlüssig. Denn auch Pellets werden im großen Stil aus dem Ausland importiert: Alleine im Jahr 2015 beliefen sich die Importe nach Österreich aus Deutschland, Rumänien und Tschechien auf 369.000 Tonnen. Das Ölheizungsverbot wird ebenfalls mit den CO₂-Emissionen bei der Verbrennung argumentiert. Nicht berücksichtigt werden hier jedoch innovative und umweltfreundliche Marktlösungen. Alleine mit dem Tausch auf moderne Heizkessel können 40 Prozent an CO₂-Emissionen gegenüber herkömmlichen Ölkesseln eingespart werden. Darüber hinaus werden Ölbrennwertkessel in Zukunft auch CO₂-freies Bio-Öl zur Wärmeerzeugung nutzen und in Kombination mit Wärmepumpen betrieben werden können.

Ein Verbot für Ölheizungen in Neubauten ist daher nicht zielführend. Nur durch ein vielfältiges Angebot an Energieträgern bleiben die Heizkosten für den einzelnen Haushalt erschwinglich. Bekanntlich stellt der Bereich „Wohnen“ einen immer höheren Kostenfaktor dar und unzählige Niederösterreicher sind gezwungen, einen Heizkostenzuschuss zu beantragen. Sorgen, die sich die massenhaft zugewanderten Menschen unter dem „Deckmantel Asyl“ nicht machen müssen.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

Antrag

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

- „1) Der NÖ Landtag spricht sich im Sinne der Antragsbegründung dafür aus, dass es bei der Verwendung von Öl- und Gasheizungen zu keinen Benachteiligungen kommt.
- 2) Die NÖ Landesregierung wird im Sinne der Antragsbegründung aufgefordert, sicherzustellen, dass es bei der Verwendung von Öl- und Gasheizungen zu keinen Benachteiligungen kommt.“